

Gegenaufruf gegen das Pamphlet „Rassisten sind eine Gefahr, nicht Muslime“.

Wider die Hetzkampagne gegen Islamkritik

Dem Pamphlet „Rassisten sind eine Gefahr, nicht Muslime“ setzen wir entgegen: Antisemiten und Rassisten sind in der Tat eine Gefahr. Deshalb sind antisemitische und kulturrassistische Muslime und der politische Islam als Legitimationsideologie für antidemokratische, den Antisemitismus und kulturellen Rassismus begünstigende Herrschaftsformen ebenfalls eine große Gefahr, vermutlich sogar die zurzeit weltweit größte Gefahr für die freiheitliche Demokratie und menschliche Emanzipation. Wer davor realitätsflüchtig die Augen verschließt und mit den Wölfen heult, gefährdet durch seine Mitmacherei die Demokratie. Es gilt, unangenehme Tatsachen beim Namen zu nennen und frei von vorgefertigten Dogmen in einen wahrheitsgeleiteten Diskurs mit kritischen Muslimen einzutreten, die wegen dieser ihrer Bereitschaft zur Verständigung von den Vollstreckern islamkonformer, antidemokratischer Herrschaftspraktiken verächtlich gemacht und ausgeschlossen werden.

Es ist in Deutschland und Europa üblich geworden, dass islamische Kampforganisationen auf religionskritische Texte, soweit sie den Islam als Legitimationsideologie für antidemokratische Herrschaftsformen, Judenhass und kulturellen Rassismus betreffen, nicht mit Gegenargumenten reagieren und in einen demokratischen Diskurs eintreten, sondern bedenkenlos „im Namen aller Muslime auf der ganzen Welt“ „harte Bestrafungen“ für den jeweiligen Autor fordern und Muslime mit demagogischen Aufrufen, die den der Freiheit, Demokratie und Emanzipation verpflichteten Religionskritiker ohne die Spur eines Argumentes als „Muslimhasser“ oder „Rassisten“ verächtlich machen und regelmäßig zum „Sturm der Empörung“ gegen ihn blasen. Durch

solche, zumeist unwidersprochen hingenommene und von den deutschen Medien zumeist sogar mit Verständnis kommentierte, freiheitsfeindliche, antidemokratische, autoritäre Machenschaften, nicht aber durch die emanzipatorische Kritik an diesen die Zivilgesellschaft schädigenden Praktiken und an der islamischen Legitimationsideologie dafür ist die Demokratie gefährdet. Der Aufruf „Rassisten sind die Gefahr, nicht Muslime“ schweigt – wieder einmal – zu dieser einschüchternden Angstmache, die die öffentliche demokratische Diskussion verhindern soll und das auch tatsächlich erreicht hat. Sie lässt die von rechtsextremen, kulturrassistischen Vollstreckern islamischer Herrschaftspraktiken Bedrohten und Verfolgten im Stich und überlässt sie, indem sie dazu schweigt, den potentiellen Henkern.

Angesichts dieses Tatbestandes erheben wir folgende Forderungen:

1. In den Medien und in der öffentlichen Diskussion muss eine tabufreie Diskussion über menschenrechtsfeindliche, antidemokratische und antiemanzipatorischen Potentiale des orthodoxen Islam und seiner Träger ermöglicht werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass der Islam wegen des angeblichen Schutz „religiöser Gefühle“ von dem grundgesetzlich garantierten Freiheit der Kritik (Gedankenfreiheit, Freiheit wissenschaftlicher Forschung) ausgenommen wird und dadurch gegen Kritik immunisiert wird, sondern fortschrittlicher und sachlich fundierter Islamkritik sind in jeder Hinsicht gleichberechtigte Artikulations- und Beteiligungschancen einzuräumen. Das Grundgesetz schützt nicht irgendwelche durch Tradition, (schlechte) Gewohnheit, Denkfaulheit oder Verdrängung fixierte „Gefühle“, sondern die Freiheit, sich ohne Angst seines Verstandes bedienen zu können, d. h. die Freiheit des Denkens und der Wissenschaft. Dem ist bei Angriffen gegen die Freiheit unter Berufung auf zur scheu gestellte religiöse Gefühle, zu allererst Rechnung zu tragen

2. Die wahrheitswidrige Diskriminierung von argumentativer Religionskritik am Islam und islamischen Herrschaftsformen als „islamophob“, „rassistisch“, „fremdenfeindlich“ oder „rechtsextrem“ und die Aufforderung zur „Bestrafung“ von Autotoren, die Religionskritik am Islam üben, ist als Vergehen gegen die demokratischen Grund- und individuellen Menschenrechte der Kritiker unter Strafe zu stellen. Gegen Personen, Organisationen, Publikationen und Internetforen, die dementsprechende demagogische Hetze gegen Kritiker an islamischen antidemokratischen Herrschaftsformen und

– praktiken betreiben und damit islamistische „Stürme der Empörung“ gegen Kritiker und islamistische Mordaufrufe befeuern, entsprechend staatlicherseits vorzugehen, nicht aber dürfen Kritiker den Angst und Terror verbreitenden religiösen Hetzern schutzlos überlassen bleiben.

2. Die Bundesregierung ist aufgefordert, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die skandalöse Gleichbehandlung demokratiefeindlicher islamistischen Gruppen mit demokratisch-diskursfähigen Muslimen zu beenden. Die Vertreter dieser antidemokratischen Gruppe mit dem höchsten rechtsextremen Einstellungspotential gehören nicht in Islamkonferenzen

3. Sämtliche Bildungseinrichtungen sind anzuhalten, unter anderem auch die einschlägigen Aspekte der islamischen Herrschaftsformen sowie die realen Gesellschafts- und Rechtsverhältnisse in islamischen Ländern wie Saudi-Arabien, Iran, Pakistan, Ägypten, der Türkei etc. zu thematisieren und über die Ziele und Praktiken des Islamismus aufzuklären.

Wir rufen dazu auf, ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure und Organisationen ins Leben zu rufen, das sich der demagogischen Verbreitung des „Feindbildes Islamkritik“ entgegenstellt und die Aufklärung über die islamische Herrschaftskultur und deren Praktiken im Rahmen einer allgemeinen Herrschaftskritik vorantreibt.

Prof. Dr. Heinz Gess

Hartmut Krauss

Der Aufruf wird (bislang) getragen von folgenden Erstunterzeichnern:

Rachid Boutayeb (Filmproduzent und -regisseur), Dr. Eva Dalhaus (Erziehungswissenschaftlerin), Prof. Dr. Heinz Gess (Sozialwissenschaftler), Hartmut Krauss (Sozialwissenschaftler und Publizist), Reinhard Hascha (Historiker), Alexander Lessmann (Antiquar, Theo van Gogh Gesellschaft), Conny Axel Meyer (Bundesgeschäftsführer der Bürgerbewegung PAX Europa e.V.), Herbert Rätz (Historiker MA), Edward von Roy (Diplom-Sozialpädagoge), Karin Vogelpohl (Diplom-Sozialpädagogin und Publizistin), Martin Grote (Tischler und Sozialpädagoge), Andreas Lützelshwab (Diplominformatiker, IT-Leiter)

Komplement :

Gegenüber dem pauschalen Diffamierungsfeldzug gegen die Islamkritik erheben wir Protest und verweisen demgegenüber auf folgende bislang weitgehend vernachlässigte Tatbestände:

Die staatsoffizielle Hofierung des Islam verhält sich unkritisch oder verdrängt die schändliche Tradition der Kumpanei der Nazis mit einflussreichen islamischen Akteuren wie dem Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini. In einem Vortrag vor den Imamen der bosnischen SS-Division am 4. Oktober 1944 hatte el-Husseini die seines Erachtens wichtigsten Berührungspunkte zwischen islamischer und nationalsozialistischer Weltanschauung wie folgt zusammengefasst:

- „1. Einheit der Führung, Führerprinzip.
2. Sinn für Gehorsam und Disziplin.
3. Der Kampf und die Ehre, im Kampf zu fallen.
4. Die Gemeinschaft nach dem Motto: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.
5. Hochschätzung der Mutterschaft und Verbot der Abtreibung.
6. Verhältnis zu den Juden - ‚In der Bekämpfung des Judentums nähern sich der Islam und der N.S. einander sehr.‘
7. Verherrlichung der Arbeit und des Schaffens: ‚Der Islam schützt und würdigt die Arbeit, welche sie auch sein mag“.

Die Nazis ihrerseits honorierten die Beteiligung der Muslime an der faschistischen Kriegsführung mit der toleranten Gewährung islamgerechter Truppenverpflegung ohne Schweinefleisch und Alkohol, der Erlaubnis einer besonderen Kopfbedeckung für muslimischen Kampfverbände und dem Einsatz von Imamen zur Hebung der Kampfmoral, wobei diese muslimischen Wehrgeistlichen eng mit den weltanschaulichen Schulungsoffizieren der Nazis zusammenarbeiteten.

2) Die verleumderisch-absurde Gleichsetzung von Islamkritik mit Antisemitismus von Seiten der Islamapologetik hat nicht die Funktion, die tatsächliche Synthese von Islam und Judenhass zu verschleiern bzw. von dieser abzulenken. Die Grundlage dafür bildet:

- a) die koranische Verdammung der Juden
- b) die paradigmatische antijüdische Gewalt- und Vernichtungspolitik Mohammeds.
- c) die Ideologie Sayid Qutb

In dem Maße, wie sich Juden anschickten, den Status von demütig Tribut zahlenden Dhimmis zu verlassen und auf von Muslimen beanspruchtem Gebiet ‚eigenmächtig‘ zu siedeln, wurde der tradierte antijüdische Einstellungsgrund mit modernem Antisemitismus ‚aufgeladen‘. Die ägyptische Muslimbruderschaft, die in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts zu einer Massenbewegung anwuchs und ihrerseits ideologische Einflüsse des europäischen Faschismus aufnahm, mobilisierte von Beginn an gegen „Kreuzfahrer und Juden“. Ihr herausragender Ideologe Sayid Qutb brandmarkte in seinem Hauptwerk „Soziale Gerechtigkeit im Islam“ im Gleichklang mit der faschistischen Ideologie Freimaurerei und Kommunismus als jüdisches Machwerk und sah die fortwährende Rolle der Juden in der Verschwörung gegen den Islam. Ihr erstes Ziel der umfassenden Weltzerstörung bestehe darin, die Religion zu eliminieren und alle antiislamischen Kräfte zu vereinen. Vor dem Hintergrund der engen Kumpanei zwischen Nationalsozialismus und Islam konnte und kann es nicht verwundern, dass Ägypten nach 1945 zu einer Heimstatt von mehreren Tausend Naziverbrechern wurde, Holocaustleugnung in der arabischen Welt zu einer Art politisch-kulturellem Volkssport geworden ist und Adolf Hitlers „Mein Kampf“ sich in der arabisch-islamischen Welt großer Beliebtheit erfreut.

3) Die unwahre Antirassismuspropaganda verstellt völlig den Blick auf die reale Verteilung von reaktionären Einstellungspotentialen innerhalb der Bevölkerung. Denn im Vergleich zu einheimischen Deutschen, die hier nicht etwa als progressive Engel unterstellt werden, zeigt sich das deutlich höhere rechtskonservative Einstellungspotential bei türkischstämmigen Muslimen. So wurde in der „Ersten internationalen Studie zur Wertewelt der Deutschen, Deutsch-Türken und Türken“ zum Beispiel folgendes festgestellt:

„Ein Zusammenleben von Mann und Frau vor der Ehe lehnen 8% der Deutschen, aber 47% der TiD (Türken in Deutschland, H.K.) und 67 % der Türken ab. Beim vorehelichen Sex der Frau sind es 7% der Deutschen, 56% der TiD und 84% der Türken.“ 9% der Deutschen, aber 32% der TiD und 52% der Türken meinen, dass Kindererziehung Frauensache sei. „15% der Deutschen, 57% der TiD und 67% der Türken stimmen der Auffassung zu, dass berufstätige Frauen ihre Kinder vernachlässigen“. „5% der Deutschen, aber 48% der Tid und 68% der Türken sind der Meinung, dass die Eltern bei der Wahl des Ehepartners ein Mitspracherecht haben sollten.“ „Einen Schwangerschaftsabbruch beurteilen 54% der Deutschen, aber 77% der TiD und 92% der Türken als schlimm. Eine homosexuelle Beziehung von Männern leh-

nen 29% der Deutschen, aber 65% der TiD und 75% der Türken ab.“ „Eine deutsch-türkische Heirat innerhalb der Familie finden nur 14% der Deutschen und 19% der TiD eher unangenehm, aber 33% der Türken. Die religiöse Toleranz findet insgesamt ihr Ende, wenn es um ein mögliches Einheiraten in die eigene Familie geht: 28% der Deutschen fänden es unangenehm, wenn ein gläubiger Moslem in ihre Familie einheiraten würde. Dagegen fänden es 49% der TiD und 63% der Türken unangenehm, einen gläubigen Christen in die Familie aufnehmen zu müssen. Noch schlimmer wäre ein gläubiger Jude (Ablehnung bei 48% der TiD und 72% der Türken), der Gipfel wäre jedoch ein bekennender Atheist (Ablehnung von 69% der TiD und 87% der Türken).“

Hartmut Krauss

Prof. Dr. Heinz Gess